

Die Demokratie in Gefahr – Und wie wir sie retten können*

Walter Mühlhausen

Vor 20 Jahren hätte ich nicht gedacht, 35 Jahre nach der Wiedervereinigung einen Vortrag über Herausforderungen, Gefahren und Chancen der Demokratie zu halten. Galt doch die bundesdeutsche Demokratie als gefestigt, als dauerhaft, als Modell auf ewig. Doch müssen wir nun erleben, wie verletzlich Demokratie ist, nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa. Es stellen sich Fragen: Wie bedroht ist unsere Demokratie? Wer versucht sie und wie zu zertrümmern? Und wie muss die Demokratie auf die Gefahren reagieren? Ich versuche im Folgenden ein paar Erklärungen zu geben und Perspektiven aufzuzeichnen.

Gesellschaftliche Ordnungen – gleich welcher Richtung – geraten ins Wanken, wenn sie Krisen ausgesetzt sind. Kaum jemand wird bestreiten, dass die Lage weltweit von Krisen gekennzeichnet ist: Kriege, einer davon vor der Haustür, Klimakrise, Flüchtlingsströme, ethnische Verfolgungen und Massenmorde, Despoten an der Macht; alte Demokratien werden von Anti-Demokraten regiert. Das sind globale Belastungen, denen sich kein Land, auch wenn es nicht direkt betroffen ist, entziehen kann. Die Multikrise überfordert und verunsichert die Menschen und fördert deren Orientierungslosigkeit, aus der dann der Ausweg in den Extremen gesucht wird.

Unter dem Druck der Krisen kommt es in allen mehr oder weniger betroffenen Nationen zu Spannungen, die in manchen zur gesellschaftlichen Spaltung führen, einer Spaltung, die für Risse an den Fundamenten der demokratischen Ordnung sorgen. Dabei müssen wir feststellen, dass die Polarisierung in der Gesellschaft einhergeht mit einer Polarisierung auf der politischen Bühne, auf der die extremen Ränder einen Zulauf verzeichnen. Das merken wir hier in Deutschland daran, dass die Zahl der Parteien zunimmt, dass Newcomer wie die Wagenknecht-Partei von heute auf morgen das althergebrachte Parteiensystem durcheinanderwirbeln und dass nun, wohl das Gefährlichste, in den Parlamenten auch Gruppierungen sitzen, ja die Mehrheit stellen, die – ich will es vorsichtig formulieren – an den Grundpfeilern der demokratischen Gesellschaft sägen, kräftig sägen. Über ein demokratisches Votum werden Antidemokraten zu Volksvertretern, gelangen vielleicht sogar an die Macht. Man mag sich gar nicht ausmalen, was da nun im Herzen Deutschlands passieren wird.

Die Dinge driften immer weiter auseinander. Und weil das so ist, verliert die Demokratie an Ansehen, haben wir immer weniger Verständnis für die Funktionsweise des Parlamentarismus, generell weniger Vertrauen in die Politik. Das ist eine der großen Gefahren. Man ruft nach schnellen Lösungen. Aber die gibt es nicht. Es schwindet immer mehr die Einsicht, dass der Kompromiss zwischen den Interessengruppen, nicht nur der Parteien, zum Wesenskern einer funktionierenden Demokratie gehört. Wozu mangelnde Kompromissfähigkeit führen kann, lehrt uns die erste Demokratie auf deutschem Boden. Die Weimarer Republik erlebte in den 14 Jahren ihres Bestehens zwischen 1919 und 1933 zwölf Reichskanzler und zwanzig Kabinette,

* Vortrag zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2026 in Nidderau. Es gilt das gesprochene Wort. Für Druckfehler keine Haftung. Das für den persönlichen Gebrauch gedachte Manuskript oder Teile von diesem dürfen nicht wörtlich in Publikationen verwandt werden. Das Vortragsdatum ist der Endpunkt der Betrachtung. Inzwischen eingetretene Entwicklungen (etwa in Sachsen-Anhalt) sind nicht berücksichtigt.

zum Großteil ohne parlamentarische Mehrheit. Durchschnittliche Haltbarkeitsdauer einer Regierung: etwas mehr als acht Monate. Alle 14 Monate musste sich der Deutsche/die Deutsche an einen neuen Kanzler gewöhnen. *Das spielte den braunen Horden in die Hände.*

Davon sind wir entfernt. Aber es wird, wie mir scheint, verlieren die Demokratie und demokratische Institutionen allgemein an Ansehen – zum Teil auch einer inkonstanten Hü-und-Hott-Politik der Verantwortlichen geschuldet; es wird aber auch grundlegend immer weniger Verständnis für die Funktionsmechanismen der Demokratie aufgebracht. Selbst bei denen, die Politik gestalten, weil Parteien einmal gefundene Kompromisse aufkündigen und schlicht nur noch auf die eigene Klientel schauen. Da geht Eigeninteresse vor Allgemeinwohl. Das große Ganze tritt hinter parteipolitische Kleinkrämerei zurück und beschädigt das Ansehen der Demokratie.

Demokratie ist immer auch das Ausloten der Möglichkeiten und der Wettstreit der Meinungen um die beste Lösung. Kompromisse sind notwendig. Wer dieser Erkenntnis nicht folgt, ruft nach einem Diktator oder einem diktatorischen Regime. Darin liegt eine Gefahr. Man darf andererseits nicht den Fehler begehen, die Bürger und Bürgerinnen bei Entscheidungen nicht mitzunehmen, man muss an deren Einsicht und Vernunft appellieren, sie mitnehmen, wenn Politik die Roskur für unumgänglich hält – und sie nicht als wenig arbeitsam beschimpfen.

Demokratie ist eben kein leichtes Geschäft, das einfache Antworten parat hat. Und weil das so ist, erwächst aus der Informationsflut eine der fundamentalen Gefährdungen. Bislang galten Presse, Rundfunk und Fernsehen als vierte Gewalt zur Kontrolle von Politik. Aber sie überziehen, bauschen Belanglosigkeiten zu Skandalen auf, weil sie in dem Meer an Informationen Aufmerksamkeit erheischen müssen, so dass mitunter ohne jeglichen journalistischen Ethos Politik und Politiker an den Pranger gestellt werden. So wird der Politiker zum Freiwild. Ein Beispiel: ein Online-Dienst einer eigentlich angesehenen Zeitung bringt den Rückzug des SPD-Generalsekretärs Kevin Kühnert unter der Schlagzeile, wie viel Krankengeld er denn nun kassiere. Was für eine Unverfrorenheit mit der wohlkalkulierten Reaktion des Netzes: Lesen Sie nur mal die Kommentare! Philipp Amthor wird wegen seines Strandkorbs wie die Sau durchs Dorf getrieben, auf der anderen Seite wird die dreitägige opulente Hochzeit des milliardenschweren Capri-Sonne-Chefs auf Capri quer durch die Presse in bester Hofberichterstattung huldvoll als „Traumhochzeit“ in Hochglanzbildern präsentiert, auch im „Stern“(online).

Apropos „Stern“: Wenn dessen einstiger Chef-Redakteur Hans-Ulrich Jörges in einer Fernsehsendung im Mai 2026 lauthals verkündet, dass er die SPD nicht mehr sehen könne und sie sich 10 bis 20 Jahre irgendwo sammeln müsse, zudem die Regierung für tot erklärt, den Kanzler schlicht als faul bezeichnet und die Wählerschaft mahnt, mit „Verstand“ zu wählen (dabei – man höre und staune – die FDP, den Verweigerer der Gespräche um die Jamaika-Koalition 2017 und Königsmörder der Ampelkoalition, wieder in den Bundestag zu bringen), so gießt der mittlerweile nicht durch die Welt, aber zur „Welt“ gewanderte einstige Leit-„Stern“ der deutschen Journaille wortgewaltig Wasser auf die Mühlen der AfD. Manch einer könnte geneigt sein, ihm die Rolle des geistigen Brandstifters zuzuweisen und solche apodiktischen Aussagen in die Schublade der selbstvergessenen Scharlatanerie zuzuordnen. Denn der Demokratie leistet solches Geschimpfe einen Bärendienst. Politiker-Bashing gehört zum guten Ton, verschafft in der unübersichtlichen Schar von journalistischen Influencern und Podcastern Aufmerksamkeit und

Quote – ein leichtes Geschäft, weil es populistische Stereotypen bedient. Dass damit die Demokratie nachhaltig beschädigt wird, nehmen diese, eigentlich intellektuellen Müll produzierenden Kolumnisten leichtfertig in Kauf. Von einer vierten Gewalt, die als kritischer Begleiter der drei anderen Gewalten eine die Demokratie stabilisierende Kraft sein sollte und es lange auch war, ist da bisweilen nicht mehr viel übrig.

Denn in der Flut von Informationen im Internet muss man sich herausheben. Die Masse der dort angebotenen Informationen führt auch dazu, dass man sich nur noch in seiner eigenen Blase mit fertigen Urteilen bewegt. Man sucht nur das, was einem in seinem Vorurteil bestätigt. Und weil dies so ist, können Fake News greifen und sich heuschreckenmäßig ausbreiten. Dabei bietet das Internet jedem Querdenker die Bühne, aus dem Dunklen heraus andere wüst zu verleumden, zu beleidigen, ehrverletzende Behauptungen in die Welt zu setzen. Gewiss – im freiheitlichen Rechtsstaat ist die Meinungsfreiheit ein hohes Gut. Dieser Meinungsfreiheit sind jedoch Grenzen gezogen, in Normen des Strafrechts und des Persönlichkeitsschutzes. Die beiden wichtigsten sind die Beleidigung (§185 StGB) und die Volksverhetzung (§130 StGB). Beleidigung ist die ehrverletzende Missachtung einer anderen Person. Volksverhetzung begeht, wer zum Hass gegen Teile der Bevölkerung, gar zur Gewalt gegen diese aufstachelt.

Hier muss der Gesetzgeber die Möglichkeit schaffen, dass die Verursacher adäquat und umgehend bestraft werden können. Denn: Am Anfang steht immer das Wort, am Ende die Tat, der Mord. Das hatten wir schon einmal – in der Weimarer Republik machte der Spruch die Runde: „Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverfluchte Judensau“. 1922 wurde der Außenminister, übrigens ein Jude, von einem Kommando einer rechtsradikalen Zentrale ermordet. Die Sprache ist immer der erste Schritt zur Gewalt. Der Rechtsstaat muss solchen Tendenzen mit Verboten und Maßregelungen entgegentreten.

Wo ist die Grenze des legitimen Protests, wo beginnt die Beleidigung, die Verleumdung, die Hasstirade? Man mag es auch hinnehmen, wenn Politikern Worte wie „Volksverräter“, „Lügner“ und „Verbrecher“ entgegengeschleudert werden. Was ist aber, wenn jemand lauthals kraekelt, man solle dem Bundeskanzler Sandsäcke um den Hals binden und von der Brücke in den Fluss werfen. Das rief ein Mann beim Besuch von Olaf Scholz in einer Hochwasserregion aus. Kann das durchgehen? Wer Vernichtungssymbole wie Galgen mit Menschenverachtung durch die Gegend trägt, stellt sich außerhalb des legitimen Protests. Derartige Aktionen, die sich in wüsten Parolen in anonymen Mails und Posts fortsetzen, sind Vorbereiter für immer mehr Taten.

In vielen Fällen ist die Hassrede in „sozialen“ Netzwerken – eigentlich sind es ja „ökonomische“ Netzwerke, denn die Betreiber wollen doch Geld verdienen – rechtlich eindeutig unzulässig. Der Schutz der Persönlichkeit gilt auch für Politiker. Darum hat die Justiz im demokratischen Rechtsstaat zu handeln. Ich werte es mal als ein gutes Zeichen, dass einer, der 2022 im Internet den damaligen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir als „Drecksack“ bezeichnet hatte, von einem Gericht zu einer Geldbuße in nicht geringer Höhe verdonnert wurde.

Der Gesetzgeber bleibt dennoch gefordert, die Ahndung von Verstößen und damit die Durchsetzung des Rechts über eine bessere auch personelle Ausstattung von Polizei und Justiz zu erhöhen, ohne dabei die Grundrechte der Meinungsfreiheit zu verletzen. Der erste Beschluss des

Landgerichts Berlin zu den Facebook-Postings gegen die Grünen-Politikerin Renate Künast 2019, indem übelste Beschimpfungen als zulässige Meinungsäußerungen gewertet wurden, lag m. E. total verkehrt. 2014 erhielt die damalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau aufgrund ihres Engagements für Flüchtlinge und gegen neonazistische Proteste gegen ein Flüchtlingsheim über 40 Morddrohungen. Ihre Privatadresse wurde veröffentlicht. Resultat: Sie wurde aus einer Demonstration der selbst ernannten „Bürgerbewegung“ heraus direkt vor ihrer Wohnung unter den Augen der Polizei bedroht.

Diese Gefährdungen drücken sich also nicht mehr nur in Worten, sondern nun auch in Taten aus. Minister werden am Verlassen einer Fähre gehindert, Politiker werden bedrängt, niedergepiffen, am Reden gehindert. Das Haus eines Gemeinderates versucht man anzuzünden. Kandidaten, die Plakate kleben, werden krankenhaushausreif geschlagen. Nach monatelangen Anfeindungen übelster Art und Bedrohungen seiner Familie trat im November 2025 der Bürgermeister im niederbayerischen Dingolfing, Armin Grassinger, zurück. Die zunehmende Hetze gegen Demokraten führt dazu, dass viele Amtsträger vor allem in kleineren Orten die Segel streichen und dass auf dem Lande kaum mehr jemand für ein öffentliches Amt kandidieren will. So wird die Demokratie ausgehöhlt, im Keim erstickt.

Der Mord am Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019 war der negative Höhepunkt. Er war durch sein Engagement für Flüchtlinge und sein Gegenhalten gegen Pegida-Jünger zum Zielobjekt der Rechten geworden. Es war zudem kein Ruhmesblatt für die Strafverfolgungsbehörden, dass sich die Untersuchung der NSU-Mordserie, der acht Türkeistämmige und ein Griechische Opfer fielen, zunächst auf die Ermordeten selbst und deren Angehörige konzentrierten. In Richtung rechtsextremer Kreise wurde kaum ermittelt.

Konsequentes und rasches Handeln ist vonnöten. Es hat viel zu lange gedauert, bis die Köpfe der „Reichsbürger“ bei einer Großrazzia im Dezember 2022 aufflogen. Sie hatten Waffen gehortet, Pläne für einen Sturm auf den Bundestag in der Schublade, so wie es die Anhänger von Trump im Januar 2021 vorgemacht hatten. Es gab Vorbereitungen, wie Regierungsmitglieder und Abgeordnete festgesetzt werden sollten. Örtlichkeiten wurden ausgekundschaftet, Fotos gemacht und Namenslisten von Politikern, Journalisten und anderen Personen des öffentlichen Lebens erstellt. Die Urheber wurden erst im April 2024 vor Gericht gestellt. Zu spät, finde ich. Und man sollte endlich ein Verfahren gegen die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht wegen Verfassungsfeindlichkeit einleiten, nicht mehr nur darüber diskutieren. Das Material zur Feststellung eben der Verfassungsfeindlichkeit hat jüngst die Gesellschaft für Freiheitsrechte präsentiert. Egal, ob sich das Gericht in Karlsruhe dem anschließen wird oder nicht: Man sollte es endlich prüfen und diese Chance nicht verstreichen lassen. Es könnte sonst wieder „zu spät“ heißen.

Um es deutlich zu machen: Freiheit muss auch den anderen Meinungen gewähren, selbst wenn sie einem gegen den Strich laufen. Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut. Wenn es aber missbraucht wird, wenn etwa genehmigte Kundgebungen pro Palästina dazu genutzt werden, das menschenverachtende Kalifat zu verherrlichen oder Massenmorde zu bejubeln, dann muss die Justiz einschreiten. Wer die demokratischen Freiheiten in dieser Weise missbraucht, hat das Recht verwirkt, weiter in deren Genuss zu kommen. Das sollte auch eine der Lehren aus Weimar

sein, wo man die Republikgegner, die die Demokratie und die Demokraten kübelweise mit Verleumdungen übergossen, nicht konsequent zur Rechenschaft gezogen hat.

Es ist aber aufzupassen, dass man das Kind nicht mit dem Bade ausschüttet. Damit bin ich beim Phänomen der „Cancel Culture“, der Kultur des Ausstoßens. Um was geht es da? Eine Gruppe bestreitet einer anderen Gruppe das Recht zur freien Meinungsäußerung. Das kann schnell zu einer Beschädigung der Demokratie führen. Ein Beispiel aus Heidelberg: Ein Verleger, der in seinem Haus auch arabische Schriftsteller herausbringt, plant eine Diskussion zum aktuellen Konflikt im Nahen Osten. Aufgeregte Bürger intervenieren, man möge ihm doch keinen Raum zur Verfügung stellen, weil sie eine antiisraelische und pro-palästinensische Veranstaltung am Himmel heraufziehen sehen. Allein die Befürchtung reicht aus, dass man einschreiten solle. Ich warne. Wie weit es diese Cancel Culture treibt, zeigt die Entwicklung in den USA. Da spricht der Republikaner nicht mehr mit dem Demokraten von der gegenüberliegenden Straßenseite. Da wird der Andersdenken zum Feind, für viele Republikaner ist ein jeder Demokrat ein Jude, ein Linker, ein Kommunist. Der demokratische Diskurs stirbt.

Die Polarisierung nutzt der Populismus weidlich aus, weil es doch so einfach ist, im Schwarz-Weiß-Denken die Welt zu erklären, zu verklären. So gewinnen demokratiefeindliche Gruppen, die migrationskritische Positionen vertreten, an Einfluss. Sie beherrschen dabei die Klaviatur der Propaganda, schüren Vorurteile und fördern die Diskriminierung von Minderheiten, wenn sie diese für alle Misslichkeiten verantwortlich machen. Sind Menschen frustriert oder unglücklich, richten sie ihre Aggression oft auf Personen oder Gruppen, die leicht identifizierbar und die zudem machtlos erscheinen. Die Rolle des Prügelknaben lässt sich einer ganzen Gruppe von Menschen zuweisen. So kommt der Antisemitismus vor allem in Krisenlagen immer wieder zum Vorschein. Es gab den extremen Ausländerhass der 1980er und 1990er Jahre. Jetzt sind es die Flüchtlinge, die zu Sündenböcken gemacht werden.

Man muss nur monoton von den Flüchtlingsgefahren reden, dann dominiert das Thema auch den demokratischen Diskurs. Wir führen Debatten über die Verschärfung der Asylgesetze und darüber, wer als sicherer Herkunftsstaat Asylbewerber zurücknehmen muss. Wir zeigen aber nicht annähernd auf, dass die Flüchtlinge, die unbenommen eine große Herausforderung an die Gesellschaft darstellen, aber auch eine Chance eröffnen. Denn wir werden unsere Zukunft nicht ohne Zuwanderung gestalten können. Das wissen wir längst. Wir müssen versuchen, die, die vor Verfolgung Schutz bei uns suchen, zu integrieren. Ja, das ist ein mühseliges Geschäft – ja, das ist auch ein teures Geschäft, aber es lohnt sich gewiss, auf Dauer. Der Benefit wird sich nicht sogleich in den nächsten Wochen einstellen.

Die Ausländerfeindlichkeit gefährdet auch die notwendige „geordnete“ Zuwanderung, denn ohne diese läuft die Republik der Gefahr einer Ausblutung in vielen Bereichen. Die Ausländerfeindlichkeit, deren Folgen für die wirtschaftliche Prosperität verheerend sein werden, ist der Markenkern des Rechtsradikalismus, der danach trachtet, seine Machtbasis auszubauen. Man geht nicht fehl zu behaupten, dass viele der Radikalen lieber heute als morgen die Demokratie überwinden wollen. Sie zielen darauf, die Öffentlichkeit durch monotones Wiederholen wieder an antisemitische, rassistische, nationalistische, also rückwärtsgewandte Töne zu gewöhnen. Durch Provokationen und gezielte Tabubrüche werden Ängste und Vorurteile genährt.

Ungebrems malen die Propagandisten die Auflösung von Identitäten durch eine Durchmischung der Bevölkerung mit Personengruppen anderer Hautfarbe an die Wand. Es ist schon surreal: Sachsen mit einem Ausländeranteil von acht Prozent ist weit von dem entfernt, was die Rechten mit ihrem Kampfbegriff der „Überfremdung“ bezeichnen. Dennoch halten 64 Prozent der Menschen in Sachsen die Bundesrepublik für „gefährlich überfremdet“. Man entwirft ein Horrorszenario, das eintreten werde, wenn man jetzt nichts unternehme. Es drohen ein islamistischer Staat und die Vernichtung der Deutschen, alles Deutschen. Das Ziel bleibt die ethnisch homogene Volksgemeinschaft. Die Sprache diskreditiert das Fremde, das Anderssein. Da werden die Menschen auf der Flucht zu „Invasoren“ oder „Messerimmigranten“, ja selbst die eine andere Lebensform praktizierenden „Deutschen“ werden stigmatisiert. Der Nachbar wird zum Ausgestoßenen. Es ist zu erinnern: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes. Da steht nicht: des „in Deutschland geborenen“ oder bestimmte ethnisch-kulturelle Merkmale aufweisenden Menschen, sondern schlicht und umfassend „des“ Menschen. Menschenwürde als zentrales Element der Demokratie ist nicht verhandelbar.

Die in verschiedenen Formen sich äußernde Menschenfeindlichkeit erfordert entschlossene Gegenwehr. Der Rechtsstaat muss Möglichkeiten besser ausschöpfen, um der radikalen Rechten auf die Pelle zu rücken. Dabei darf aber auch der Einzelne nicht einknicken. Um es an einem Beispiel zu zeigen: Es kann nicht angehen, dass junge Lehrer, die auf Rechtsextremismus an ihrer Schule hinweisen, an den Pranger gestellt werden, nicht nur direkt von der AfD. Es kann nicht angehen, dass sie dafür in den „sozialen“ Netzwerken verunglimpft werden. Und zwar so, dass sie entmutigt die Segel streichen und gehen. Um es deutlich zu sagen: Lehrkräfte sind verpflichtet, das Grundgesetz zu verteidigen. Und darum gebietet es, dass wir ihnen alle Formen des Schutzes gewähren.

Nicht nur die Justiz hat im demokratischen Rechtsstaat zu handeln. Wir brauchen insgesamt wieder einen Verfassungspatriotismus. Wir müssen die Republik stärker im Bewusstsein ihrer Bürgerschaft verankern, eine Wagenburgmentalität erzeugen, die den Anhängern das Gefühl vermittelt, dass man auf die Demokratie als Lebensform und auf die demokratischen Errungenschaften stolz sein kann und muss. Auch müssen wir heute wieder lernen, sich offen und offensiv zur Demokratie bekennen. Und das heißt im Umkehrschluss auf diejenigen einzuwirken, die populistische Parolen aufgreifen und verbreiten – auch im Privaten. Man muss genau zuhören und Paroli bieten, wenn extremistisches Vokabular Eingang in das Gespräch unter Nachbarn oder Freunden findet.

Die Demokraten müssen sich wieder melden, müssen sich stärker organisieren. Die „Straße“ muss wieder Ort der demokratischen Positionierung, der Streitkultur werden. Wie mir scheint, ist dieser Prozess durchaus möglich, wie er sich im Protest gegen das unsägliche Treffen der Rechtsextremen im November 2023 artikuliert. Man muss sich das noch mal vor Augen führen: Da spielen rechtsextreme Zirkel Remigrationsszenarien durch. Sie suchen einen Masterplan zur Massenvertreibung. Als das dann zwei Monate später, im Januar 2024, bekannt wird, formiert sich der Widerstand in den Demonstrationen von Millionen. Das meine ich mit Wagenburgmentalität – die Verteidigung von Freiheit und Demokratie gegen die, die an deren

Grundpfeilern Sprengsätze legen. Nach wie vor vertritt die AfD „Remigration“ – was für ein Wort! – die Rückführung der Asylsuchenden oder Flüchtlinge in die „Heimatländer“. Das hatten wir schon einmal – vor 100 Jahren, als 1923 aus München und Umgebung durch den bayerischen Staatskommissar 100 jüdische Familien, die aus Polen eingewandert waren und mitunter schon seit Jahrzehnten in Bayern lebten, von einem auf den andern Tag zurückverfrachtet wurden. 20 Jahre danach ging es für die meisten der Juden in Deutschland wieder in den Osten, aber da nach Theresienstadt und in die Vernichtungslager.

Die Ausgrenzung treibt besonders reiche Blüten in Zeiten der Krise. Neid und Missgunst werden geschürt, das ist leicht. Was meines Erachtens immer wieder aus den Augen verloren wird: Wichtig für den Erfolg eines demokratischen Modells ist die soziale Ausgestaltung, oder genauer: ein jeder muss sein Auskommen haben. Das Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie wird in weiten Teilen auch gespeist von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stabilität.

Es geht aber um noch mehr: Es geht auch um die Chancengleichheit im Bildungssystem; jeder soll nach seinen Fähigkeiten die ihm gebührende Ausbildung erhalten, nicht nach dem Portemonnaie der Eltern. Eben weil das öffentliche Schulsystem weiter vor sich her dümpelt, boomten Privatschulen. Willy Brandt hat in seiner ersten Regierungserklärung 1969 den Satz geprägt: „Die Schule der Nation ist die Schule.“ Ja, das ist sie, hier werden die nächsten Generationen sozialisiert, geformt und gebildet. Hier gilt es die Heranwachsenden so zu wappnen, dass sie später nicht den Rattenfängern hinterherlaufen. Das ist Investition in die Zukunft, nicht der Tankrabbat. Denn die Schule steht ganz oben auf der Liste der Orte, wo demokratische Teilhabe und Integration eingeübt, gefördert und erlebt wird. Noch ein weiteres muss die Gesellschaft immer im Auge haben: Es geht auch darum, dass für jede/für jeden Wohnen bezahlbar ist. Und dass in der reichen Bundesrepublik eine stetig wachsende Kinderarmut herrscht, gehört zu den großen unbegreiflichen Ungeheuerlichkeiten der Gegenwart.

Eine Gesellschaft, die nur auf Markt und Konkurrenz setzt, gefährdet die Grundlagen des Zusammenlebens. Als in der ersten Republik, der von Weimar, die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer wurden und in Not und Hunger lebten, brach der Zusammenhalt auf. Nutznießer waren die Nationalsozialisten. Wie wirkt das eigentlich auf unsere Gesellschaft, wenn der größte deutsche Automobilkonzern, dessen Dieselskandal ihm bislang 33 Mrd. gekostet hat, für das Geschäftsjahr 2023 insgesamt 4,5 Mrd. Euro an seine Aktionäre ausschüttet, und zwar den Löwenanteil an die Großaktionäre der Porsche Automobil Holding, also konkret den Clans der Familien Porsche und Piëch? Nun will der Konzern Zehntausende von Stellen abbauen, Werke schließen. Auch wenn die monetäre Ausschüttung zurückging, ist man geneigt, ein altes Zitat zu revitalisieren: „Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen“ – das schien lange Zeit ein Satz aus der Mottenkiste der Arbeiterbewegung zu sein. Es scheint aber eine sinnhafte, eine begründete Auferstehung zu feiern.

Soziale Marktwirtschaft darf nicht zu einer leeren Worthölse verkommen. Wer dieses Leitbild als Konsens der Gesellschaft beschädigt, Neid schürt und Sozialleistungen diffamiert, fördert die Erosion des sozialen Zusammenhalts und spielt den Radikalen in die Hände. Der Wohlstand einer Gesellschaft lässt sich eben nicht daran ablesen, wie hoch die Dividenden sind, sondern

an den Lebensumständen der schwächsten Glieder dieser Gemeinschaft. Wenn die ins Trudeln geratenen Staatsfinanzen und Sozialsysteme „Reformen“ gebieten, wobei es bislang nur um Kürzungen im Sozialbereich, um den Abbau des Sozialstaates geht, so sollte der Gesetzgeber wie ein jeder guter, um die Ausgewogenheit von Soll und Haben bedachter Haushälter nicht nur auf Minderung der Ausgaben setzen, sondern vielleicht auch mal eine Steigerung der Einnahmen ins Visier nehmen. Da scheint doch noch einiges vor allem im steuerpolitischen Bereich möglich.

Wir feiern bald 80 Jahre Demokratie in Deutschland. Darauf können wir stolz sein. Aber Demokratie hat keinen Ewigkeitscharakter, das lernen wir gerade im 21. Jahrhundert – sie ist bedroht, gefährdet, aber mir scheint die deutsche Demokratie doch noch vital zu sein, auch wenn sich der Pöbel lautstark auf den Straßen artikuliert, ein Häuflein von Militanten Machtergreifungsszenarien durchspielt und „eine gesichert rechtsextreme Partei“ sich anschickt, in einem Bundesland den Ministerpräsidenten zu stellen. Das wäre eine Zäsur, von ungeahnter Tragweite und mit unbekannter Langzeitwirkung, sicherlich mit einem dauerhaften, nicht wieder auszu-merzenden Schaden für die Demokratie, das Recht und die Wahrung Menschenrechte. Ungeachtet dessen: Nach wie vor dominiert ein breiter demokratischer Konsens über Parteien und Milieus hinweg, getragen vom Willen, den Gegnern mit den Mitteln des Rechtsstaates zu begegnen und die Demokratie zu bewahren und zu (er-)leben. Wehrhafte Demokratie ist das Stichwort. Den Gefahren für die Demokratie und denen Gefährdern der Demokratie entschlossen auf den Pelz zu rücken, ist zunächst einmal Aufgabe des Gesetzgebers sowie von Polizei und Justiz. Aber auch von uns allen, auch im privaten Umfeld.

Es bleibt eine Herausforderung an alle, die wir die demokratische Ordnung als höchstes Gut ansehen: Es gilt die Demokratie zu verteidigen, also Freiheit, Recht, Sicherheit und Menschenwürde dauerhaft zu erhalten. Das Engagement eines jeden Einzelnen ist dabei unverzichtbar. Denn Demokratie ist immer eine Veranstaltung aller Bürger und Bürgerinnen. Sie ist ein hohes Gut, das es jederzeit zu verteidigen lohnt. Dafür möchte ich hier und heute geworben haben.

* * *

Kurzbiografie

Prof. Dr. Walter Mühlhausen: Promotion 1985 Universität Kassel; Habilitation 2006 Technische Universität Darmstadt, dort apl. Professor bis 2024; bis zum März 2023 Vorstandsmitglied und Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, dort tätig seit 1986.

Kontakt: walter.muehlhausen@yahoo.de; Publikationen (Auswahl):

*** Hessen im 20. Jahrhundert. Eine politische Geschichte**

Wiesbaden 2023 / 688 S. / ISBN 978-3-7374-0500-3 / 34,– Euro

*** Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik**

3. erweiterte Aufl. Bonn 2025 / 1064 S. / ISBN 978-3-8012-4297-8 / 68,– Euro

*** Hyperinflation und Staatskrise. Die Weimarer Republik am Abgrund 1923**

Wiesbaden 2024 / 160 S. / ISBN 978-3-7374-0302-3 / 16,– Euro

*** Das Weimar-Experiment. Die erste deutsche Demokratie 1918–1933**

Bonn 2019 / 256 S. / ISBN 978-3-8012-4261-9 / 22,– Euro

*** Friedrich Ebert**

Bonn 2017 / 184 S. / ISBN 978-3-8012-4248-0 / 10,– Euro